

## **Niederschrift**

**über die 57. Sitzung des Stadtrates der Stadt Eisenach am Freitag, dem 05. Juni 2009, 16:00 Uhr bis 17:20 Uhr, im Ratssaal, 1. OG, Rathaus, Markt 1**

**Anwesenheit:** CDU: **Herr Köckert**, Herr Adam, Herr Klopffleisch, Frau Leutheuser, Herr Lindig, Herr Meyer, Frau Müller, Herr Dr. Oefner, Herr Ruhkamp, Herr Dr. Sinn, Herr Straßburg, Herr Suck

DIE LINKE.: **Frau May**, Herr Bauer, Frau Duft, Herr Pechstädt, Herr Schenke, Herr Tikwe, H., Herr Voß, Frau Werner, Frau Wolf

SPD: **Frau Winter**, Herr Gentzel, Herr Levknecht, Herr Dr. Schenk, Frau Stein, Herr Tikwe, T.

BfE: **Herr Gottstein**, Frau Apel

Bündnis 90/

Die Grünen: **Herr Schweßinger**, Frau Müller, R.G., Herr Loewrig

EA: Herr Hofmann, Frau Fischer

### **Stadtverwaltung:**

Oberbürgermeister, Herr Doht  
Bürgermeisterin, Frau Lieske  
Dezernentin, Frau Rexrodt  
Leiter Büro OB, Herr Hartlep  
Persönliche Referentin des OB, Frau Sachse  
Pressestelle, Herr Wuggazer  
Amtsleiterin Rechnungsprüfungsamt, Frau Kirschner

**Gäste:** Frau Böhns, sachkundige Bürgerin  
Herr Prof. Dr. Butscher, sachkundiger Bürger  
Herr Dr. Schmidt, sachkundiger Bürger  
Herr Jentsch, sachkundiger Bürger  
Presse  
Bürger

**entschuldigt:** Frau Mereuta – CDU-Fraktion – Krankheit  
Herr Rabe – BfE-Fraktion – Krankheit

**Schriftführer:** Frau Steffan  
Frau Cott

Der **Vorsitzende des Stadtrates, Herr Meyer**, eröffnet die 57. Sitzung des Stadtrates der Stadt Eisenach und begrüßt alle Anwesenden.

Die form- und fristgerechte Ladung zur Sitzung wird festgestellt. Dagegen werden keine Einwände erhoben.

Zu Beginn der Sitzung sind 34 Stadratsmitglieder anwesend und 2 entschuldigt. Damit ist die Beschlussfähigkeit der Sitzung entsprechend § 36 Abs. 1 ThürKO festgestellt.

Der **Vorsitzende des Stadtrates, Herr Meyer**, gratuliert allen Stadträten, die zwischen der letzten und der heutigen Sitzung Geburtstag hatten.

Der **Vorsitzende des Stadtrates, Herr Meyer**, teilt mit, dass Herr Pechstädt den Tagesordnungspunkt 8 – Antrag des Stadratsmitgliedes Herrn Pechstädt – Aufnahme der 2. Grundschule „Am Petersberg“ in den Maßnahmenkatalog zur Verteilung der Mittel aus dem Konjunkturpaket II – zurückgezogen hat. Er informiert, dass Herr Pechstädt am Ende der öffentlichen Sitzung eine persönliche Erklärung abgeben wird.

#### **Nr. 2 der TO:            Verpflichtung eines Stadratsmitgliedes**

Der **Oberbürgermeister, Herr Doht**, verpflichtet das Stadratsmitglied Herrn Volker Loewrig nach § 24 Abs. 2 der ThürKO durch Handschlag auf die gewissenhafte Erfüllung seiner Pflichten zum Wohle der Stadt Eisenach.

Der **Oberbürgermeister, Herr Doht**, überreicht dem neuen Stadratsmitglied eine Blume.

#### **Nr. 3 der TO:            Einwohnerfragestunde**

Es liegen keine fristgerecht eingereichten Einwohneranfragen vor.

#### **Nr. 4 der TO:            Mitteilungen des Oberbürgermeisters**

Folgendes liegt in schriftlicher Form vor:

##### an die Stadratsmitglieder

- Mitteilungen Deutscher Städtetag 04/09
- Regio-Takte Juni 2009
- Einladung – Vorhang auf zum Tag der Musik im Landestheater Eisenach
- Berichtsvorlage Stiftung Automobile Welt Eisenach

#### **Nr. 5 der TO:            Genehmigung der Niederschrift über die 56. Sitzung am 08. Mai 2009 – öffentlicher Teil**

Der **Vorsitzende des Stadtrates, Herr Meyer**, erklärt, dass zur Niederschrift über die 56. Sitzung des Stadtrates am 08. Mai 2009 kein Änderungsantrag vorliegt.

**Abstimmung:**       **29 Stimmen dafür**  
                           **0 Stimmen dagegen**  
                           **3 Stimmenthaltungen**

**Beschluss-Nr.: 0805/2009**

**Nr. 6 der TO:           Bebauungsplan der Stadt Eisenach Nr. 6.1**  
**hier: Abwägung zum geänderten Entwurf**

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Wirtschaft, Kultur und Tourismus empfiehlt dem Stadtrat die Beschlussfassung mit 4 Stimmen dafür, 0 Stimmen dagegen und 1 Stimmenthaltung.

Der Bau-, Verkehrs- und Umweltausschuss empfiehlt dem Stadtrat die Beschlussfassung mit 3 Stimmen dafür, 3 Stimmen dagegen und 3 Stimmenthaltungen nicht.

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt die Beschlussfassung dem Stadtrat mit 2 Stimmen dafür, 0 Stimmen dagegen, 5 Stimmenthaltungen.

Der **Oberbürgermeister, Herr Doht**, begründet die Beschlussvorlage.

Der **Fraktionsvorsitzende der BfE-Stadtratsfraktion, Herr Gottstein**, gibt an, dass man in einem Elefantenritt massiv getagt hat. Er macht deutlich, dass im Bau-, Verkehrs- und Umweltausschuss sehr heftig diskutiert wurde. Er legt dar, dass die vorgelegten Stellungnahmen hauptsächlich von stadt eigenen Abteilungen, diversen Bürgern und dem Landesverwaltungsamt kamen. Es würden weitere Äußerungen zur absolut ungeklärten Verkehrssituation, zur absolut ungeklärten Integration in die weiteren und näheren Stadtgebiete und zu den Bauhöhen fehlen. Die vorgelegten Stellungnahmen in der Abwägung konnten die Bedenken aus Sicht der BfE-Fraktion nicht ausräumen. Er erklärt, dass das Projekt in den vergangenen Jahren sehr fortschrittlich und progressiv und mit einem hohen Arbeitsaufwand mit vollzogen und mitgetragen wurde. Er erinnert daran, dass der Antrag der BfE, eine Arbeitsgruppe zu gründen, schon ein halbes Jahr vor der Oberbürgermeisterwahl vorlag. Gute 1 ½ Jahre ist dann nichts passiert. Das war verschenkte Zeit. Er gibt an, dass es auch nicht besonders hilfreich war, dass dem Baudezernat die Beschlussvorlage aus den Händen genommen wurde. Jetzt soll innerhalb einer Woche ein derartig wichtiges Projekt für die Stadt beschlossen werden. Für ihn wäre Voraussetzung, dass ein halbwegs nachvollziehbares Verkehrskonzept und ein vernünftiger und diskutierbarer Erschließungsvertrag vorliegt. Dann könnte er das Projekt weiter positiv mittragen. Beim heutigen Stand der Dinge, kann die BfE-Fraktion diesen Beschluss mehrheitlich nicht mittragen.

Der **Fraktionsvorsitzende der B 90/Die Grünen-Stadtratsfraktion, Herr Schweßinger**, erklärt, dass der Stadtrat mit dem Abwägungsbeschluss wieder vor einer weittragenden Entscheidung steht. Wieder steht man unter hohem Zeitdruck. Er gibt an, dass dies im Vorfeld akzeptiert wurde. Es war aber für alle kaum zu bewältigen, für eine Vorlage von ca. 90 Seiten 7 Tage Zeit zu haben. Sogar Herr Salberg würde in Bezug auf die Zeitschiene von einem aberwitzigen Prozess sprechen. Weiterhin fehlen aus Fraktionssicht einige Grundlagen, um den Beschluss fachlich untersetzt beurteilen und beschließen zu können. Es läge weder das Verkehrsgutachten des beauftragten Büros vor, was sehr hilfreich gewesen wäre, noch ist die Verkehrskonzeption der Stadt darauf abgestimmt. Viele Stellungnahmen der Träger öffentlicher Belange, wie die Ämter der

Stadtverwaltung, das Landesverwaltungsamt, die KVG der Stadt und des Landkreises, weisen ebenfalls kritisch auf diese Punkte hin. Der größte Knackpunkt dieses Beschlusses wäre die Erschließungsstraße auf der Südseite des Bebauungsplanes. Diese würde zwar nicht unmittelbar zum Plan gehören, aber ihn mit dem Rest der Welt verbinden. In der Skizze in der Anlage 4 würde die Anbindung derzeit als Sackgasse im Parkdeck des Gebäudes ohne Anbindung an die Wartburgallee enden. Dieses Problem soll nun über die Anlage 5 und den Erschließungsvertrag gelöst werden. Das Verhandlungsergebnis mit dem Investor zur Durchsetzung der öffentlichen Belange der Stadt bei der Erschließungsstraße und der finanzielle Anteil der Stadt wären dabei völlig offen. Für ihn ist es nicht erkennbar, dass sich das Puzzle der vielen Einzelbeschlüsse zum „Tor zur Stadt“ dann im B-Plan 6.0 so zusammenfügt, wie von vielen gewünscht. Für ihn sind positive Aspekte der Abwägung, dass alle Hinweise und Anregungen der Arbeitsgruppe „Tor zur Stadt“ aufgenommen wurden. Somit wird von seiner Fraktion die Kubatur des Baukörpers und die Reduzierung der Einzelhandelsflächen von 40% auf 15% akzeptiert. Ob aber 11.600 m<sup>2</sup> neue Handelsfläche in Zeiten der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise sehr realistisch sind, hinterfragt er kritisch. Zahlreiche Träger der öffentlichen Belange hätten sich auch mit dem Thema der Handelsflächen kritisch auseinandergesetzt. Für seine Fraktion überwiegen die grundlegenden Bedenken bei dieser Beschlussvorlage. Deshalb wird die Fraktion den Beschluss ablehnen. Für ihn steht beim Projekt „Tor zur Stadt“ an erster Stelle ein funktionierender öffentlicher Nahverkehr, ein erträglicher und funktionierender Verkehrsfluss für alle Betroffenen und die Vermeidung von städtebaulichen Sünden, da dieses Projekt die Stadt über Jahrzehnte prägen wird.

Der **Vorsitzende der EA-Stadtratsfraktion, Herr Hofmann**, erklärt, dass sehr viele Bürger der Stadt sagen, dass endlich was am „Tor zur Stadt“ passieren muss, aber es nicht egal ist, was passiert. Wenn es den Bürgern egal gewesen wäre, hätten sie nicht so viele Einwendungen gemacht und gründliche, durchdachte und hilfreiche Vorschläge eingereicht. Der Grundsatzbeschluss zum „Tor zur Stadt“ hat der Planerwerkstatt und den Bürgern eine Chance gegeben, zu den geänderten Planungen Stellung zu nehmen. Einige dieser Vorschläge werden in den Abwägungsvorschlägen aufgegriffen, was man nach seiner Ansicht auch würdigen muss, da hier einiges verbessert wird. Er ist aber der Überzeugung, dass der Abwägungsvorschlag, so wie er vorliegt, dem Kern des Problems ausweicht. Das Kernproblem ist nach wie vor, ob man an dieser Stelle wirklich ein großes Einkaufs- oder Fachmarktzentrum braucht. Seines Erachtens nach hat die Stadt Eisenach genug Einzelhandelsflächen. Deshalb bräuchte man ein anderes „Tor zur Stadt“. Man hätte es hier mit einer Kette von vorgeblichen Sachzwängen zu tun. Herr Hofmann gibt an, dass die Landesgesetze, die man hier nicht beeinflussen kann, vorschreiben, dass eine Dekontaminierung nur gefördert werden kann, wenn sie durch Private erfolgt. Damit wäre die Stadt gezwungen gewesen, dieses Gelände zu privatisieren und damit einen großen Teil der Entscheidungsbefugnis aus der Hand zu geben. Eine Privatisierung an einer solchen Stelle würde in der Konsequenz Kommerzialisierung bedeuten. Damit bestehen eine Menge von Sachzwängen, denen man sich hier beugen soll. Dazu ist er nicht bereit, da die Bevölkerung ein anderes „Tor zur Stadt“ verdient hat. Weiterhin geht er darauf ein, dass die Planerwerkstatt einiges angestoßen und umgestoßen hat, was vorher scheinbar unumstößlich schien. Ihm scheint es aber so, dass die Rückverlegung der B 19 auf dem Papier die Probleme auch nicht löst. Das Problem würde nicht in der Umführung des Projektes liegen, sondern in dem Bauvorhaben selbst. Das Landesverwaltungsamt stellt in seiner Stellungnahme fest, dass ein Bebauungsplan die Aufgabe hat, die mit der Planung zusammenhängenden städtebaulichen Konflikte zu erkennen und zu bewältigen. Herr

Hofmann macht deutlich, dass ein wesentlicher Konflikt zur städtebaulichen Konzeption und zum Leitbild der Stadt besteht, wenn an dieser Stelle ein Einkaufszentrum gebaut wird. Nach der Überzeugung der Fraktion, hat Eisenach sehr viele Vorzüge in wirtschaftlicher, kultureller, touristischer und Umwelthinsicht. Es gibt sehr viele Vorzüge, die Menschen bewegen würden, zu Besuch zu kommen oder heranzuziehen. Das Einkaufszentrum würde sich in diese Vorzüge nicht einfügen. Der Bahnhof wäre ein wichtiger Zugang zur Stadt, aber dieser Zugang müsste durch ein offenes Tor erleichtert werden. Die Menschen müssten eingeladen werden, in die Stadt und in die Natur zu kommen. Dies würde durch die vorgesehene Bebauung erschwert. Weiterhin wäre die Verkehrsplanung ein offener Konflikt, der durch den Abwägungsentwurf nicht gelöst wird. Ein verträgliches Konzept in der Bahnhofsvorstadt wäre nicht dadurch zu gewinnen, dass man die Bundesstraße wieder in die Bahnhofstraße verlegt und eine Erschließungsstraße baut, deren Anbindung an die Bundesstraße wiederum ungelöst ist. Es ist für ihn unvorstellbar, dass zwischen diesen beiden Häusern eine senkrechte Einmündung in die Bahnhofstraße für den ganzen Lieferverkehr des Einkaufszentrums gemacht werden soll, der dann auf einer Wendeschleife weiter hinten wieder wenden soll. Sattelschlepper würden gar nicht um die Ecke herum kommen. Damit wäre das ursprüngliche Ziel, eine Verkehrsberuhigung der Bahnhofsvorstadt, nicht erreichbar. Es würde eher das Gegenteil erreicht. Auch der Konflikt um die Handelsstruktur der Eisenacher Innenstadt wird nach seiner Meinung durch den Abwägungsbeschluss nicht gelöst. Auch einige Stellungnahmen, z.B. die des Landesverwaltungsamtes, weisen auch eindringlich darauf hin, dass es Warnungen des Städtetages vor Einkaufszentren dieser Größenordnung am Rande von Innenstädten gibt. Einkaufszentren in Innenstädten würden dann befürwortet, wenn sie in die bestehende Geschäftsstruktur integriert sind. Dies wäre hier nicht der Fall, weil die Umfahrung durch die Bahnhofstraße von allen Seiten zu einer Isolierung des Einkaufszentrums führt und die Fußgängerströme nicht zwischen Bahnhof, Einkaufszentrum und Innenstadt verbunden werden, sondern isoliert. Bisher gäbe es die Planung, dass es innerhalb des Einkaufszentrums eine Fußgängerstraße geben soll, wodurch die Fußgängerströme vom Bahnhof weg in das Einkaufszentrum herein gezogen werden sollen. Er weist darauf hin, dass die ausgewiesenen 11.600 m<sup>2</sup> Verkaufsfläche ausdrücklich Netto-Verkaufsfläche sind. Damit würden Lager- und Personalräume, sowie administrative Räume nicht mit eingerechnet. Die Zahl wäre deshalb mit Vorsicht zu genießen. Er findet es schade, dass die Planerwerkstatt auch den Gordischen Knoten nicht durchschlagen konnte, den die Privatisierung beschert hat. Eine Kommerzialisierung auf diesem wunderbaren Areal ist nicht in seinem Sinn. Die Fraktion ist für eine Entgiftung und eine schöne Bebauung, die für Bürger und Gäste einladend ist und im Einklang mit der Stadtentwicklung steht. Aus diesem Grund kann die Fraktion dem vorliegenden Abwägungsbeschluss nicht zustimmen.

Die **Vorsitzende der SPD-Stadtratsfraktion, Frau Winter**, hat langsam den Eindruck, dass, wer hier mutig, vernünftig und sachlich, sich traut, dem zuzustimmen und alle anderen würden zittern und wollen dem nicht offen entgegenschauen. Es werden immer wieder die gleichen Argumente vorgebracht, wie die Zeitschiene, die Anregungen, keine Bürgerbeteiligung. Sie macht deutlich, dass eindeutig vom Oberbürgermeister gesagt wurde, dass damals schon darauf hingewiesen wurde, wie knapp es ist. Es wurde sich damals schon entschuldigt. Jetzt, wo es ernst wird, wo man Flagge zeigen muss, würden diese Beispiele wieder hervor gegraben. Frau Winter sieht es anders wie Herr Hofmann, der sagt, dass man keine Einkaufsflächen braucht. Sie kennt einige weibliche Stadtratsmitglieder und Bürger, die sich Einkaufsflächen durchaus vorstellen können. Sie gibt an, dass der Grünstreifen, der damals dort war, etwas schönes war, eine Ruhezone.

Auch so etwas könnte dort wieder entstehen. Auch die Parkflächen entstehen dort wieder. Sie ist sich sicher, dass es ein schönes Projekt werden wird. Sie denkt, dass, wenn es einmal fertig gebaut ist, keiner mehr sagen wird, dass man dagegen war. Sie gibt an, dass die Fraktion dem zustimmen wird, damit endlich klare Fronten geschaffen werden, damit es mit dem „Tor zur Stadt“ mit einer guten und schönen Einfahrt in die Stadt Eisenach weiter geht.

Das **Stadtratsmitglied, Frau Leutheuser**, erklärt, dass sie eine von denjenigen ist, die direkt betroffen sind. Sie gibt an, dass sie, wie viele andere, darunter leidet, dass es dort keine Möglichkeit gibt, dort irgendwo zu parken. Auch wäre es dort nicht attraktiv, um länger zu verweilen oder dort einzukaufen. Sie hat etwas aus dem Jahr 1998 herausgesucht, in dem bereits die Rede von einem neuen Kaufhaus ist. Dort wurde auch vom ehemaligen Oberbürgermeister Herrn Schneider schon gesagt, dass es eine schwierige Sache wird. Weiterhin hat er damals erklärt, dass ein Öffnungstermin für das neue Kaufhaus bereits im Jahr 2000 angesiedelt werden könnte. Sie findet, dass die Kuh nun schon sehr lange kalbt und es gut wäre, wenn das Kalb nun endlich herauskäme. Es wäre etwas schwieriger, weil viele Leute den Brei anrühren. Sie hofft, dass der Stadtrat nicht länger auf die göttliche Eingebung hofft, die nie kommt. Sie bittet darum, dass dem Beschluss nun endlich zugestimmt wird, damit was für die Stadt passieren kann. Sie ist der Überzeugung, dass der Bau für die Stadt einen Pluspunkt bringt. Im Augenblick wäre es überhaupt nicht attraktiv, vom Bahnhof in die Innenstadt zu laufen. Man sollte nicht ständig dieselben Argumente vorbringen.

Das **Stadtratsmitglied, Frau Wolf**, möchte begründen, warum ihre Fraktion die Abwägung heute mehrheitlich ablehnen wird. In ihren Augen lässt das Abwägungsergebnis im Moment kein anderes Ergebnis zu. Sie kann die Argumente von Frau Leutheuser sehr gut nachvollziehen. Sie kann verstehen, dass sie will, dass es endlich vorwärts geht. Deshalb hat sich ihre Fraktion auch in einer der letzten Stadtratsitzungen nicht gegen die Fristverkürzung gestellt und den Schweinsgalopp in der Zeitschiene mitgetragen. Sie legt dar, dass es schon bei der Aufstellung eine unheimliche Termindichte gab. Das vorliegende Ergebnis ist aber in den Augen der Fraktion nicht zustimmungsfähig. Sie hatte gehofft, dass es in der Phase der Auslegung zu einer ganzen Reihe von weiteren Zuarbeiten kommt, wie es auch Herr Gottstein ausgeführt hat. Sie findet, dass die Verkehrsplanung heute hätte vorliegen müssen. Davon ist sie auch ausgegangen. Genauso hätte die Frage, wie es mit der Waldhausstraße weitergehen soll, geklärt sein müssen. Genau diese Sachen sind nach ihrer Ansicht Aufgaben eines B-Planes. Man bräuchte an einer für die Funktionsfähigkeit der Stadt so herausgehobenen Stelle keinen B-Plan für ein einzelnes Gebäude, da es in der Zwischenzeit keine neuen Ergebnisse gibt. Sie gibt an, dass das Landesverwaltungsamt in seiner Stellungnahme geschrieben hat, dass zunächst der Bezug zum Bebauungsplan Bahnhofsvorstadt hergestellt werden soll, der als Rahmenplan für den Gesamtbereich zu betrachten ist und unter Berücksichtigung der aktuellen Planung und der gesamtstädtischen Entwicklung überarbeitet werden sollte. Weiterhin hat das Landesverwaltungsamt angegeben, dass ohne eine entsprechende Prognose der Bebauungsplan seiner Aufgabe, die mit der Planung zusammenhängenden städtebaulichen Konflikte zu erkennen und zu bewältigen, nicht entsprechen kann. Genau das ist der Punkt, warum sie der Meinung ist, dass man der Abwägung heute so einfach nicht zustimmen kann. Sie betont, dass das nicht heißt, dass ihre Fraktion das Gesamtpaket ablehnt. Sie weiß, dass das Ganze durch einen sogenannten Erschließungsvertrag geheilt werden soll. Dieser liegt allerdings im Moment nicht vor. Deshalb weiß sie nicht, ob es am Ende wirklich so funktionieren kann. Sie geht

davon aus, dass der zweite Schritt vor dem ersten gemacht wird und das von der Fraktion so nicht mitgetragen werden kann. Es wäre ein bisschen so, als wollte man in der Stadt einen großen Kuchen backen, aber man die Zutaten nur für einen Krümel heraus getan hat. Sie gibt an, dass sie heute gerne zustimmen würde, es aber nicht kann.

Der **Vorsitzende der CDU-Stadtratsfraktion, Herr Köckert**, ist der Meinung, dass es dem Beschluss nicht gut tut, dass es die letzte Sitzung in der Legislatur und zwei Tage vor der Wahl ist, was man auch an ganz bestimmten Stellungnahmen merkt. Mit diesem Beschluss wäre man in einer absoluten Zeitnot, wobei der Oberbürgermeister nur die Hälfte genannt hätte. Es wäre nicht nur das Ablaufen der Frist, was den Freistellungsbescheid betrifft, sondern natürlich auch die Frist, die der Investor hat. Wenn er jetzt noch ein halbes Jahr warten muss, bis er weiterkommen kann, geht Herr Köckert davon aus, dass es nicht mehr dieser Investor sein wird. Damit würde das Grundstück mit den entsprechenden Lasten der Freistellung, die die Stadt zurückzahlen muss, an die Stadt zurückfallen. Dabei würde es sich um eine Summe handeln, die knapp an die 10 Mio. € reicht. Das ist bei der Entscheidung mitzubedenken. Er gibt an, dass man sich gerade deshalb auf diese enge Zeitschiene eingelassen hat. Er erinnert an die Diskussion zum Aufstellungsbeschluss. Er möchte nicht ausführen, warum das alles in die engen Löcher gekommen ist, warum seit Oktober 2004 an diesem Bauprojekt mit dem Investor gebastelt wird. Das hätte auch etwas damit zu tun, dass eine der ersten Maßnahmen des neuen Oberbürgermeisters die Rücknahme des Aufstellungsbeschlusses des damaligen B-Planes war. Dann wurde ein halbes Jahr gebraucht, um sich neu aufzustellen. Das hätte wohl auch etwas damit zu tun, dass das Baudezernat offensichtlich nicht die Kraft und den Willen hatte, diese Sache nach vorne zu bringen. Auch wenn die Baudezernentin es immer gut zu kaschieren weiß, wäre sie gegen die Bebauung. Das würde sich auch darin widerspiegeln, dass die Stadt keine einheitliche Stellungnahme abgegeben hat, sondern jedes einzelne Amt eine eigene Stellungnahme abgegeben hat. Das ist nach seiner Ansicht Führungsschwäche bzw. Führungsunwille, der bei der Dezernentin anfängt und sich beim Oberbürgermeister fortsetzt, der nicht in der Lage ist, dieses Projekt in seiner Stadtverwaltung einheitlich bewerten zu lassen. Er gibt an, dass alle Fragen, die hier angesprochen wurden, in den letzten Jahren mehrfach und ausführlich diskutiert wurden. Es gäbe mehrere Gutachten für die Handelsflächen in der Stadt, die unterschiedliche Standorte für Handelsflächen in der Stadt betrachtet haben, insbesondere auch den Einzelhandel in der Kernstadt. Jedes dieser Gutachten würde deutlich machen, dass Eisenach Jahr für Jahr Kaufkraft nach Kassel, Bad Hersfeld, Gotha, Erfurt, Mühlhausen, Bad Langensalza bis nach Fulda abgibt, weil die Eisenacher hier nicht entsprechend dem, was sie suchen, einkaufen können. Es gibt ein zentrales Gutachten, das mit Blick auf einen Investor geschrieben wurde, der heute noch in den Startlöchern steht und der im Gewerbeverein ist, obwohl er in der Stadt kein Gewerbe ausübt. Dieses betrachtet den Bau von 20.000 m<sup>2</sup> und 750 Parkplätzen in der Karl-Marx-Straße. Dieses Gutachten wurde von manchen Stadtratsmitgliedern genommen, um zu sagen, dass man woanders keine Parkhäuser braucht, weil man sie dort umsonst bekommen könnte. Dies würde auch hinter dem einen oder anderen Einwand stehen, der gegen diesen Handelsplatz in der Bahnhofstraße erhoben wird. Er kann sagen, dass das Gutachten eindeutig gesagt hat, dass 20.000 m<sup>2</sup> für die Stadt zuviel sind. Damit wäre die innerstädtische Umsatzverschiebung viel zu groß. Bis 13.000 m<sup>2</sup> zusätzlich könnten in der Innenstadt noch gebraucht werden, insbesondere in den Bereichen, die in der Innenstadt gar nicht oder nur ganz schwach vertreten sind. Bestimmte Waren würde man weder in der Innenstadt noch draußen in der Peripherie finden. Herr Köckert macht deutlich, dass die

Abwägung bei den Handelsflächen zu Gunsten des kleinteiligen Handels in der Karlstraße, am Karlsplatz und in der anderen Innenstadt ausgefallen ist. In der Abwägung wären die Flächen des kleinteiligen Handels um 15 % von ursprünglich 40 % herunter genommen wurden. Er glaubt, dass es eine Fehldiskussion ist, wenn man hier noch weiter den Popanz aufmacht, dass man in der Stadt genug Handelsflächen hätte. Diejenigen, die das sagen, sollten sich auch mal darum kümmern, warum manche Läden leer stehen. Dies würde auch daran liegen, dass die Flächen zu klein sind, die Mieten zu hoch sind und auch an den Eigentümern dieser Flächen selbst. Zur Erschließung und Verkehrsführung in diesem Bereich erklärt er, dass er Herrn Gottstein hier nicht verstehen kann. Es wäre vollkommen klar gewesen, dass das Verkehrsgutachten, was für die Scharfstellung und konkrete Planung der Verkehrsführung notwendig ist, nicht bis zum heutigen Tag vorliegt. Dies wäre schon zum Zeitpunkt des Aufstellungsbeschlusses klar gewesen. Es wäre auch klar gewesen, dass das Planungsbüro erst im Sommer die Planung vorlegen kann. Deshalb wäre aber die Größe des B-Planes extra so geschnitten worden, dass er die Erschließungsfunktionen nicht mit beinhaltet. Herr Köckert legt dar, dass jetzt in dieser B-Plan-Abwägung keine Aussage zur Erschließung erfolgt. Herr Jansen vom Planungsbüro hätte deutlich gesagt, dass das, was bisher an Verkehrsströmen untersucht wurde in Bereichen zwischen Bahnhof und Karlsplatz und Mitzenheimstraße und Rennbahn, dafür spricht, dass es möglich ist, dort mit diesen Verkehrsströmen zu Rande zu kommen. Man braucht nur die geschickteste Lösung vor Ort. Diese könnte so aussehen, dass die Erschließungsstraße an die Wartburgallee angebunden wird. Er erinnert daran, dass in der letzten Stadtratssitzung beschlossen wurde, dass die Stadt Baulastträger der B 19 wird. Die Anbindung könnte erst dann beschlossen werden, wenn die Stadt der Baulastträger ist, was aber in den nächsten Tagen ansteht, wenn die Finanzierungsvereinbarung mit dem Bund steht. Es gibt also zwei parallel laufende Beschlüsse, die sich aber gegenseitig nicht behindern. Es wäre ganz klar, dass es nicht dazu kommen kann, dass eine Verkehrsführung überhaupt nicht geht. Es wäre abgeprüft, dass es geht. Es gilt jetzt nur noch die beste Lösung der Verkehrsflüsse zu finden. Diese könnte auch so aussehen, dass man das jetzige Stück zwischen Altstadtstraße und Langensalzaer Straße wieder im Gegenverkehr befahrbar macht. Diese Option wird vom Straßenbauamt bereits mit einbezogen. Deshalb ist es aus der Sicht der Fraktion ein Popanz, die jetzt nicht scharf gestellte Verkehrsplanung als Hindernisgrund für den Abwägungsbeschluss für diesen B-Plan zu nehmen. Er erklärt, dass es natürlich auch einige Zeit gekostet hat, weil man eine so große Beteiligung Dritter hatte, wie die Arbeitsgruppe und die Planerwerkstatt. Er findet, dass die Planerwerkstatt dem Projekt nicht geschadet hat, sondern das Projekt in einem entscheidenden Punkt vorangebracht hat. Das bestärkt ihn in seiner Überzeugung, die er bis dahin nicht hatte, dass Eisenach eine zu kleine Stadt ist, als das man durch Gruppen aus der eigenen Mitte einvernehmliche Lösungen findet. Man braucht offensichtlich Leute, die über den Tellerrand hinaus schauen, damit man mal die Scheuklappen vor den Augen verliert und Beschlüsse hin bekommt, die nach vorne gehen. Das hat die Planerwerkstatt in der Tat erreicht. Deshalb hat man sich das Ergebnis der Planerwerkstatt so zu Herzen genommen und hat es in das Ergebnis mit eingebracht. Herr Köckert macht deutlich, dass man sogar über einige der Ergebnisse der Planerwerkstatt hinaus gegangen ist. Wenn gesagt wurde, dass die Höhenverhältnisse absolut ungeklärt sind, stimmt das einfach nicht. Die Höhenverhältnisse sind noch einmal herunter genommen und durch extra Linien im Obergeschoss zurückgesetzt worden. Er versteht nicht, was für ein Popanz an die Wand gemalt wird, wo doch eigentlich fast in allen diesen Dingen den Ergebnissen der Arbeitsgruppe und Planerwerkstatt entsprochen wurde. Er ist sich nicht sicher, ob der Investor, der zu den Ergebnissen seines Wissens nach gar nicht gefragt wurde, mit all diesen Ergebnissen einverstanden

ist. Es wüsste keiner der Stadtratsmitglieder, was erforderlich ist, damit ein solches Einkaufszentrum funktioniert. Er sagt, dass man diesen Beschluss ablehnen kann, aber dann müsste auch ganz deutlich sein, dass das die Folge hat, dass man in den nächsten Jahren an dieser Stelle nicht voran kommen wird und die Restentkontaminierung wahrscheinlich zu Lasten der Stadt geht. Damit kommt auf die Stadt eine entsprechende Ausgleichszahlung von mehreren Millionen € im Rückfluss an das Land zu. Es wäre nicht anzunehmen, dass der Investor noch weitere Monate des Wartens in Kauf nimmt, nur weil hier einige Sachen offensichtlich unklar waren, die sich gegebenenfalls behindern würden. Er macht deutlich, dass alles, was jetzt noch offen ist, nicht den jetzigen Beschluss behindert, sondern ihn sinnvoller Weise ergänzen wird. Über alle Einzelbestandteile, wie Erschließung, Verkehrsführung, usw. wird der neue Stadtrat, hoffentlich kundiger als der jetzige Stadtrat, zu entscheiden haben.

Die **Vorsitzende der DIE LINKE-Stadtratsfraktion, Frau May**, denkt, dass der Grund für die Verzögerung nicht darin liegt, dass bestimmte Sachen nicht gemacht wurden, sondern, dass die Bürger von Anfang an mit dem Projekt überfahren wurden, da vollkommen undemokratisch festgelegt wurde, was dort gemacht werden soll. Die Leute vom Förderkreis und andere hätten sich dann, als es öffentlich war, darum gekümmert, die Art, wie es vorgesehen war, zu verhindern, um dort etwas besseres hinzu bekommen. Sie gibt an, dass immer sehr viel von der Entkontaminierung gesprochen wird. Für sie ist nicht sicher, ob das Problem überhaupt so stimmt, dass das so wichtig war. Ihr ist nun klar, dass unter den ganzen Umständen das Einkaufszentrum nun gebaut werden muss. Es könnte sein, dass es für einige Personen, die höchste kulturelle Entwicklung ist, dass man einkaufen geht. Es gab Mitte der Neunziger Jahre auch mal andere Entwürfe, dieses Areal zu bebauen, die im Nachhinein keine Rolle mehr gespielt haben. Weiterhin wäre es so, dass die Fraktion die heutige Abwägung nicht deshalb ablehnt, weil man nun alles verhindern will. Um aber eine verantwortungsbewusste Entscheidung treffen zu können, könnte man nicht so tun, als ob es nur eine Abwägung wäre für eine Bebauung im Innenstadtbereich nach § 34 BauGB. Es müsste auch das, was darum liegt, betrachtet werden. Die Verkehrsströme würden da eine große Rolle spielen. Sie hätte sich gewünscht, dass das Gutachten in der Zeit der Auslegung erarbeitet wird, zumal schon Messungen stattgefunden haben. Sie kann sich auch aus Sicht des Investors vorstellen, dass es nicht günstig ist, ein Einkaufszentrum zu haben, was weder von der Bahnhofstraße noch von woanders her erreichbar ist. Sie denkt, dass viele Leute deshalb ihr Auto nehmen und in die großen Einkaufstempel an den Stadträndern fahren. Sie betont noch einmal, dass es für sie wichtig ist, dass auch rund herum alles passt. Sie möchte nicht erst entscheiden und dann schauen. Sie macht deutlich, dass der Oberbürgermeister das Verkehrsgutachten vorlegen soll, wie die optimale Lösung gedacht ist, wenn eine Entscheidung bis zum 30.06. fallen soll. Sie gibt auch an, dass sich die Baudezernentin gar nicht mehr beim „Tor zur Stadt“ einmischen kann, weil der Oberbürgermeister ihr jede Mitwirkung entzogen hat. Das ist für ihre Fraktion auch eine unverständliche Geschichte.

Die **Dezernentin, Frau Rexrodt**, erklärt, dass es Mitarbeiter gab, die das Projekt 13 Jahre mit hohem Engagement und ihrem Herzblut begleitet haben. Sie hat sich von diesem Engagement und der Euphorie anstecken lassen. Wenn die Zielrichtung, die sie verfolgt hat, nicht allen so gepasst hat, wäre das eine andere Sache. Es ist beschlossen worden, dass die LEG der Geschäftsbesorger ist. Wenn Herr Köckert aber kritisiert, dass Ämter und Abteilungen der Stadtverwaltung eine Stellungnahme abgegeben haben, dann müsste sie das korrigieren. Die Ämter des Dezernates III der Stadtverwaltung haben keine Stellungnahme abgegeben. Sie hätten lediglich ihre Aktennotizen an den

Geschäftsbesorger Herrn Salberg gegeben. Wenn dieser meinen würde, sie als Bedenken und Anregungen in das Abwägungsergebnis aufzunehmen, dann wäre das nicht in ihrer Verantwortung.

Der **Oberbürgermeister, Herr Doht**, erklärt, dass er dafür Sorge tragen wird, dass die Stadt künftig nur noch eine Stellungnahme abgibt.

**Der Stadtrat der Stadt Eisenach beschließt:**

1. Dem vorliegenden Abwägungsvorschlag (Anlage 02) wird als Abwägungsergebnis zugestimmt.
2. Das Abwägungsergebnis wird als verbindlicher Bestandteil zur Verfahrensakte des Bebauungsplanverfahrens Nr. 6 „Bahnhofsvorstadt“ genommen. Die Änderungen und Ergänzungen sind in die Planung einzuarbeiten.
3. Das Abwägungsergebnis wird den Beteiligten mitgeteilt.

**Abstimmung:**      19 Stimmen dafür  
                           15 Stimmen dagegen  
                           0 Stimmenthaltungen

**Beschluss-Nr.: 0806/2009**

**Nr. 7 der TO:**      **Gemeinsamer Antrag der CDU-, DIE LINKE-, SPD-, BfE-, B90/Die Grünen-, EA-Stadtratsfraktion – Zustimmung zum Projekt „Stolpersteine“**

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Wirtschaft, Kultur und Tourismus empfiehlt dem Stadtrat die Beschlussfassung mit 5 Stimmen dafür, 0 Stimmen dagegen und 0 Stimmenthaltungen.

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Stadtrat die Beschlussfassung mit 7 Stimmen dafür, 0 Stimmen dagegen und 0 Stimmenthaltungen.

**Der Stadtrat der Stadt Eisenach beschließt:**

**Der Stadtrat stimmt der Installation von eingelassenen, beschrifteten Messinggedenktafeln, den sogenannten „Stolpersteinen“ an ausgewählten Orten Eisenachs im öffentlichen Verkehrsraum zur dauerhaften Erinnerung an die jüdischen Opfer des NS-Regimes zu. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, gemeinsam mit den Initiatoren einen Vorschlag zu den Verantwortlichkeiten und zur Verfahrensweise auszuarbeiten und diesen Vorschlag in der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am 17. Juni 2009 vorzulegen, damit das Projekt, wie vorgesehen, am 10. August 2009 begonnen werden kann. Finanziell ist das Projekt durch Sponsoren und Patenschaften abzusichern.**

**Abstimmung:**      34 Stimmen dafür  
                           0 Stimmen dagegen  
                           0 Stimmenthaltung

**Beschluss-Nr.: 0807/2009**

**Nr. 8 der TO: Antrag des Stadtratsmitgliedes Herrn Pechstädt – Aufnahme der 2 Grundschule „Am Petersberg“ in den Maßnahmenkatalog zur Verteilung der Mittel aus dem Konjunkturpaket II**

Der Tagesordnungspunkt wurde von der Tagesordnung zurückgezogen.

**Nr. 9 der TO: Anfragen**

Reg.-Nr. 414/2009 Anfrage des Stadtratsmitgliedes Herrn Levknecht  
Thema: Heiße Heizkörper in der Sporthalle Palmental.  
Es wurden keine Zusatzfragen gestellt.

Reg.-Nr. 415/2009 Anfrage des Stadtratsmitgliedes Frau Wolf  
Thema: Qualität der Mittagsversorgung  
Es wurden keine Zusatzfragen gestellt

Im Anschluss gibt das **Stadtratsmitglied, Herr Pechstädt**, folgende persönliche Erklärung ab:

„Sehr geehrter Herr Vorsitzende, werte Stadtratsmitglieder, werte Gäste. Die letzten Wochen wurde viel über die 2. Grundschule „Am Petersberg“ geredet und geschrieben. Die Eltern befürchten nach den ihnen vorliegenden Informationen, wie die Vermessung des Grundstückes, die Kündigung der umliegenden Gärten, das Interesse der Rewe an dem Grundstück und dem Protokoll einer nichtöffentlichen Klausurtagung des Bildungsausschusses, die Schließung der Grundschule. Zum Beispiel können die Eltern nicht nachvollziehen, dass nach Aussage der Baudezernentin die Vermessung des Grundstückes ohne Kenntnis des Baudezernates durchgeführt worden sein soll. Grund für den zurückgezogenen Antrag – Aufnahme der 2. Grundschule „Am Petersberg“ in den Maßnahmenkatalog zur Verteilung der Mittel aus dem Konjunkturpaket II – ist den seit mehreren Jahren bestehenden Sanierungsstau von ca. 300.000 € an der Schule wenigstens etwas zu beseitigen. Es geht mir auf gar keinen Fall darum, der Hörselschule oder dem Kindergarten „Dreiklang“ Mittel aus dem Konjunkturpaket zu verwehren, denn die mit Sperrvermerk belegten Restmittel kommen aus dem Bereich Kita und sind demzufolge zusätzliche Mittel für die Sanierung der Schulen. Es spielt für mich überhaupt keine Rolle, dass meine Kinder, wie in den Medien verbreitet, in der Petersbergschule lernen. Die Aufgabe der gewählten Stadträte besteht darin, die Interessen ihrer Wähler zu vertreten und diese Aufgabe habe ich nun einmal wahrgenommen. Deswegen kann ich nicht nachvollziehen, dass man das paradox und schizophren oder als puren Aktionismus bezeichnet. Und Zusagen, wie ein künftiges Schulnetzkonzept aussieht, habe ich schon gar nicht gemacht. Offensichtlich wurde aber gezielt versucht, die Eltern der Grundschule und der Hörselschule gegeneinander auszuspielen. Es muss doch aber im Interesse aller Eltern sein, dass auch in unserer Stadt vorrangig in die Bildung unserer Kinder investiert wird und nicht, um Geld einzusparen, Schulen einfach geschlossen werden. Ich werde auch in Zukunft alles dafür tun, dass die 2. Grundschule entsprechende saniert und nicht geschlossen wird. Danke für Ihre Aufmerksamkeit.“

Die **Dezernentin, Frau Rexrodt**, erklärt, dass Herr Werner sich gestern bei ihr gemeldet hat und das aufklären wird. Er hat noch einmal schriftlich mitgeteilt, dass es ihm leid tut,

dass das passiert ist. Sie macht deutlich, dass sie das nicht gewusst hat und es auf seine eigene Verantwortung geschehen ist. Man wird dort in der Schule mit Herrn Werner vorstellig werden.

Der **Vorsitzende, Herr Meyer**, verabschiedet sich. Er bedankt sich bei allen Stadtratsmitgliedern für die Unterstützung in den letzten Jahren. Weiterhin bedankt er sich bei allen Mitarbeitern der Stadtverwaltung, insbesondere bei Herrn Strathmann, den Dezernentinnen und dem Oberbürgermeister, sowie bei den Mitarbeiterinnen des Stadtratsbüros.

Der **Oberbürgermeister, Herr Doht**, erklärt, dass dieser Stadtrat sprichwörtlich bis zur letzten Stunde der Legislaturperiode arbeitet und sich seiner Verantwortung stellt. Das verdient Anerkennung. Er bedankt sich bei den Stadtratsmitgliedern für die Zusammenarbeit. Viele Entscheidungen hat man gemeinsam, trotz manchmal sehr schwieriger Meinungen und Rahmenbedingungen, in großem Einvernehmen treffen können. In der letzten Legislaturperiode wurden 785 Beschlüsse gefasst, davon 299 einstimmig, 419 mit weniger als 1/3 Gegenstimmen. Er denkt, dass man manchmal bei den Beschlüssen sehr hart gerungen hat und die Grundsatzentscheidungen nicht einfach waren, wenn man die eigenen Überzeugungen mit den notwendigen Kompromissen, die man in der Demokratie auch eingehen muss, verbinden musste. Was alle in diesem Haus auszeichnet, ist, dass sich der Stadtrat trotz manchmal scheinbar unüberbrückbaren Gegensätzen und Meinungen sich doch immer seiner Verantwortung gestellt hat. Dabei war die Suche nach dem kleinsten gemeinsamen Nenner nicht immer einfach. Gemeinsam wurde er meistens gefunden. Er freut sich sehr, dass trotz der unterschiedlichen Betrachtungsweise in Sachfragen alle Stadtratsmitglieder nie ihre gemeinsame liebe Stadt Eisenach aus den Augen verloren haben. Sein besonderer Dank gilt den ehrenamtlichen Beigeordneten, Dieter Suck und Peter Gottstein. Auch wenn man eine Weile gebraucht hätte, hätte man sich doch zusammen gerauft. Weiterhin gilt sein Dank dem Büro des Stadtrates, sowie allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, Amts- und Abteilungsleitern der Verwaltung. Sein Dank gilt insbesondere auch seinen beiden Stellvertreterinnen, der Bürgermeisterin, Frau Lieske, und der Baudezernentin, Frau Rexrodt, und auch den Vertretern der Presse. Ohne diese Personen wäre der Stadtrat nicht arbeits- und entscheidungsfähig. Wenn sich in der Legislaturperiode, die nicht immer ganz emotionsfrei war, jemand durch ihn persönlich verletzt gefühlt haben sollte, möchte er sich heute dafür entschuldigen. Sein ganz besonderer Dank gilt dem Mann, der diesen Stadtrat 10 Jahre lang geleitet hat, Herrn Bernd Meyer.

Meyer  
Vorsitzender des Stadtrates

f.d.R.d.P.: Cott  
Schriftführerin